

Mohnfeld, Jochen

Article — Digitized Version

Strukturelle Veränderungen an den Welterdölmärkten

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Mohnfeld, Jochen (1980) : Strukturelle Veränderungen an den Welterdölmärkten, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 60, Iss. 2, pp. 72-78

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135405>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

ÖLMARKT

Strukturelle Veränderungen an den Welterdölmärkten

Jochen Mohnfeld, Paris

Seit Anfang 1979 haben sich die Bedingungen für den Weltrohölhandel einschneidend verändert. Wer hat Zugang zum Öl in den Förderstaaten, in welcher Menge, zu welchen Preisen und für welche Zeitspanne? Welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für die Verbraucherländer?

Bis 1973 beherrschten die großen Ölgesellschaften weitgehend den internationalen Rohölhandel. Die wenigen großen Gesellschaften mit einem direkten Zugang zum Rohöl belieferten als sogenannte „allgemeine Versorger“ die übrigen Marktteilnehmer in den Verbraucherländern (andere integrierte Gesellschaften, unabhängige Raffineriegesellschaften und Händler) mit und sorgten durch ihre Kontrolle über die Rohölproduktion für den Ausgleich der Weltmärkte.

Seit Beginn der 70er Jahre wurde die OPEC zur treibenden Kraft für die Forderung der Ölexportländer nach einem größeren Anteil am wirtschaftlichen Nutzen der Ölförderung und insbesondere nach „Partizipation“, d. h. nach Eigentums- und Kontrollrechten über die ausländischen Produktionsgesellschaften. Die Nationalisierungswelle wurde 1972 im Irak¹ durch die vollständige Verstaatlichung und im Iran Anfang 1973 durch die vollständige Kontrolle über die Ölproduktion durch die Staatsgesellschaft NIOC eingeleitet und setzte sich nach dem Ölembargo 1973 fort. Die Eigentumsanteile der Förderländer liegen heute zwischen 50 % und 100 %²; unabhängig davon üben sie eine vollständige Kontrolle über die Preise aus³. Auch die Entscheidungen über die Produktionsmengen werden nicht mehr von den privaten Ölgesellschaften, sondern von den Regierungen der Förderländer getroffen.

Doch auch nach 1973 hatten die privaten Ölgesellschaften weiterhin Zugang zu den Rohölmengen, die

auf die enteigneten Teile ihrer Konzessionen bzw. Produktionsgesellschaften entfielen, z. B. im Rahmen von Rückkaufvereinbarungen oder anderer langfristiger Sondervereinbarungen mit den Förderländern. Und obwohl die meisten internationalen Gesellschaften bis 1978 den Hauptteil ihrer Konzessionen und Eigentumsrechte in den Förderländern verloren hatten, waren sie immer noch verantwortlich für die Vermarktung eines großen Teils des weltweit gehandelten Rohöls. Die sieben größten internationalen Gesellschaften, die sogenannten „Majors“⁴, hatten kurz vor der Iran-Krise zusammen immer noch etwa 3½ mbd⁵ mehr Rohöl zu ihrer Verfügung, als sie über ihr eigenes Vertriebsnetz vermarkten konnten. Der Verkauf dieser Überschussmengen an Dritte war vor der Iran-Krise immer noch normaler Bestandteil ihrer Geschäftspolitik, obwohl seine Bedeutung abnahm.

Die Einstellung der Ölexporte aus Iran im Dezember 1978 entzog den „Majors“ zunächst etwa die gleiche

¹ Bereits 1961 war das Gebiet des ehemaligen Hauptkonzessionärs IPC – Iraq Petroleum Company – drastisch um 99 % eingeschränkt worden.

² Iran, Iraq, Kuwait, Qatar und Venezuela je 100 %; Saudi Arabien: Beteiligungen von 60 % am Hauptkonzessionär ARAMCO, vollständige Übernahme jederzeit möglich; Abu Dhabi zwischen 51 % und 60 %; Libyen: mehrere „joint ventures“ (50 %), „Production sharing“-Vereinbarungen mit unterschiedlichen Anteilen, zum Teil auch vollständiger Besitz; Algerien: Gemeinschaftsunternehmen mit Beteiligungen von 49-51 %.

³ Auch das Unvermögen der OPEC-Ministerkonferenz in Caracas im Dezember 1979, sich auf eine verbindliche Preisstruktur für 1980 zu einigen, läßt die Preiskontrolle der einzelnen OPEC-Mitgliedsländer gegenüber den Abnehmerländern unberührt.

⁴ BP, Exxon, Gulf, Mobil, Shell, Socal, Texaco.

⁵ mbd = million barrels per day; Umrechnung: 1 mbd = 50 Mill. t pro Jahr (1 Barrel = 159 Liter).

Dr. rer. pol. Jochen Mohnfeld, 38, ist Mitarbeiter der Internationalen Energie-Agentur in Paris. Er beschäftigt sich vor allem mit Ölmarktfragen.

Menge, die ihrem aggregierten Überschuß entsprach (3,3 mbd). Die Position der einzelnen Gesellschaften war jedoch sehr unterschiedlich. Entsprechend ihren eigenen Einbußen reduzierten sie die Vertragslieferungen an Dritte unter Anwendung von „Force-Majeure“-Klauseln. Durch gegenseitige Lieferverpflichtungen zwischen den internationalen Ölgesellschaften verbreiteten sich die ursprünglich auf relativ wenige Gesellschaften (die Mitglieder des sogenannten Iran-Konsortiums⁶) beschränkten Iran-Lieferkürzungen über das gesamte internationale Distributionssystem.

Im Laufe des Jahres 1979 reduzierten die „Majors“ ihre Verkäufe an Dritte um 60 % auf ca. 1,5 mbd und begannen damit, ihre langfristige Geschäftspolitik zu revidieren. Einige „Majors“ lassen die Verträge mit Dritten ganz auslaufen, andere reduzieren sie erheblich und behalten sich in den neuen Vertragsbedingungen Kürzungen zu jeder Zeit vor. Wenn sie die Drittlieferungen vollständig aufgeben wollen, könnten sie in Zukunft sogar eventuelle Überschußmengen an den Spotmärkten verkaufen. Die internationalen Gesellschaften haben sich nun zum Ziel gesetzt, zunächst ihr eigenes Filialnetz voll mit den relativ preiswerten Vertragslieferungen aus den Förderländern zu versorgen.

Umstrukturierung der Lieferbeziehungen

Nach der Wiederaufnahme der Lieferungen aus dem Iran ab März 1979 auf reduziertem Niveau wurde der alte Status der Konsortialmitglieder nicht wieder hergestellt. Die neue Regierung annullierte die Verträge mit dem Konsortium. Die staatliche Ölgesellschaft NIOC schloß etwa 50 Verträge über entsprechend kleinere Mengen für den Rest des Jahres 1979 ab. Die „Majors“ erhielten lediglich 0,9 mbd anstelle von 3,3 mbd vor Dezember 1978.

Eine Umstrukturierung der Lieferbeziehungen findet auch in anderen Förderländern (z. B. Saudi Arabien, Irak, Nigeria, Venezuela) statt. Die Lieferungen an die großen Gesellschaften werden zugunsten staatlicher Gesellschaften der Industrie- und Entwicklungsländer

⁶ Das Iran-Konsortium, das 1954 nach der im Jahre 1951 erfolgten Nationalisierung der Ölindustrie im Iran durch Premierminister Mossadegh gebildet wurde, entwickelte, betrieb und kontrollierte alle größten Ölfelder (ca. 90 % der Produktion) bis 1973; Konsortiumsmitglieder: BP 40 %; Royal Dutch/Shell 14 %; Gulf, Mobil, Exxon, Socal, Texaco je 7 %; CFP 6 %; Gruppe kleinerer amerikanischer Gesellschaften zusammen 5 %. 1973 übernahm die staatliche iranische Ölgesellschaft NIOC die vollständige Kontrolle über die Produktion. Das Konsortium erhielt nur noch die Rolle eines technischen Beraters, Dienstleistungsunternehmens und Käufers von Rohöl auf langfristiger vertraglicher Basis.

⁷ Das „Welthandelsvolumen für Rohöl“ in dieser regionalen Definition ist aufgrund eigener Schätzungen ermittelt. 1973 ca. 34 mbd, 1978 ca. 34 mbd und 1979 ca. 34,5 mbd. Die Prozentsätze in Tabelle 1 beziehen sich auf das Rohölaufkommen außerhalb der OECD-Länder, des COMECON und Chinas.

und anderer unabhängiger Gesellschaften, die bisher keinen oder einen nur wesentlich geringeren direkten Zugang zu Rohöl hatten, reduziert. Ein Teil der freiwerdenden Mengen wird auch an den Spotmärkten verkauft.

Tabelle 1
Rohöilverfügbarkeit der Gruppe der „Majors“
auf der Basis von langfristigen Lieferverträgen

	1973	1978	1979
gesamte Verfügbarkeit (mbd)	30,0	21,3	19,5
davon außerhalb der OECD-Länder (mbd)	25,0	16,9	14,5
Anteil am Welthöhlhandel (außerhalb OECD, COMECON und China (in %))	75	50	42
Lieferungen der Majors an Dritte (mbd)	6-7	3,7	1,5

Das gesicherte Rohölaufkommen der „Majors“ aus eigenen Quellen und Käufen von Produzentenländern fiel von ca. 30 mbd im Jahre 1973 auf ca. 21,3 mbd 1978 und auf ca. 19,5 mbd 1979 (vgl. Tabelle 1). Hierin sind nur die durch längerfristige Verträge abgesicherten Mengen enthalten, nicht aber die Spotmarktkäufe, die seit 1979 an Bedeutung gewannen. Während der Anteil der „Majors“ am Welthandelsvolumen (ohne Intra-OECD-Handel, jedoch einschließlich des Handels mit den Comecon-Ländern und China)⁷ 1973 noch 75 % ausmachte, sank er bis 1978 kontinuierlich auf 50 % und fiel 1979 noch einmal beträchtlich auf 42 %.

Strategien der Förderländer

Die angespannten Verhältnisse auf den Weltölmärkten seit Anfang 1979 ermöglichten es den Förderländern, eine stärkere Kontrolle über den Bestimmungsort ihres Rohöls auszuüben. Diese stärkere Kontrolle zielt hauptsächlich darauf ab, aus der Rohölförderung neben dem bezahlten Preis einen weiteren Nutzen zu ziehen, und zwar:

wirtschaftlichen Nutzen: etwa in Form vorteilhafter Bedingungen für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Industrieländern und Technologietransfer.

politischen Nutzen: etwa durch ein größeres Entgegenkommen der Abnehmerländer gegenüber den eigenen politischen Vorstellungen und Zielen. Das Spektrum reicht hierbei von einer allgemeinen Klimaverbesserung in den außenpolitischen Beziehungen über Waffenhilfe bis hin zu so speziellen Zielen wie der irakischen Forderung, in den Lieferverträgen Boykottklauseln (gegen Israel, Ägypten, Südafrika) zu akzeptieren.

Es ist offensichtlich, daß diese Ziele und Wünsche nicht oder nur unvollständig von kommerziellen Unter-

nehmen erfüllt werden können. Sie sind ihrer Natur nach an Regierungen gerichtet.

Bei den langfristigen Strategien der Produzentenländer sind die ökonomische und die politische Komponente miteinander verflochten. Als während der 70er Jahre die Endlichkeit ihrer Vorräte deutlich sichtbar wurde, wuchs die Notwendigkeit, durch eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung einen reibungslosen Übergang ins Nachöl-Zeitalter zu sichern. Dabei will eine wachsende Zahl von Ölländern sich nicht nur auf Investitionsgüter verlassen, sondern sie bevorzugen eine direkte Teilnahme der Regierungen der Industrieländer an ihrer wirtschaftlichen Entwicklung.

Ölverträge auf Regierungsebene

Das Volumen des Erdölhandels, der in irgendeiner Form „unter Regierungseinfluß“⁸ zustande gekommen ist, stieg von ca. 3,9 mbd Ende 1978 auf 6 mbd Ende 1979 an (vgl. Tabelle 2); 1973 lag das Volumen noch deutlich unter 1 mbd. Nach den bisher bekannten Informationen über abgeschlossene Verträge für 1980 und den Vertragsverhandlungen dürfte diese Zahl im laufenden Jahr sicherlich 8 mbd übersteigen.

Tabelle 2
Rohölkäufe unter Regierungseinfluß
(außerhalb des COMECON und Chinas)
(nach Empfängerregionen in mbd¹)

	1973	1978	1979	1980 (erw.)
Gesamt	unter 1,0	3,9	6,0	8,0
davon nach				
Japan	n.v.	1,0	1,7	
Europa	n.v.	1,6	2,5	
Entwicklungs- länder	n.v.	1,3	1,9	

¹Mengen jeweils zum Jahresende.

Tabelle 3
Rohöllieferungen unter Regierungseinfluß
Ende 1979
(nach Lieferländern)

	mbd	Anteil am gesamten Erdöllexport
Irak	2,3	75
Iran	1,0	35
Libyen	0,5	30
Kuwait	0,2	10
Nigeria	0,2	10
Saudi Arabien	0,8	8
Andere	1,0	13
Insgesamt	6,0	20 (Durchschnitt)

Aus Tabelle 3 ist zu ersehen, daß der *Irak* bei Verträgen auf Regierungsebene eine zentrale Rolle spielt. Das Land ist seit vielen Jahren der stärkste Befürworter von derartigen Verkäufen und gleichzeitig die trei-

bende Kraft bei der Politisierung des Ölhandels. Durch ihre Verträge versucht die Regierung auch, eine Kontrolle über den entgeltigen Verbleib des Rohöls auszuüben, so z. B. durch Verbot eines Weiterverkaufs, durch Boykottklauseln usw. Auch *Libyen* hat entsprechend seiner traditionellen Rolle als Vorreiter für eine Umstrukturierung des Verhältnisses zwischen Ölgesellschaften und Förderländern einen hohen Anteil von Regierungskontrakten aufzuweisen. Der *Iran* tätigte erst nach der Revolution und nach Ausschaltung des Konsortiums im größeren Umfang Direktverkäufe sowohl an staatliche als auch an private Gesellschaften unter dem Schirm von Regierungsverhandlungen (insbesondere mit Japan). Die *saudi-arabische* Staatsgesellschaft *Petromin* steigerte ihren Anteil an der Produktion in den letzten Jahren erheblich (1978: 0,55 mbd; 1979: 1,4 mbd); dadurch wird der Anteil der „Majors“ (ARAMCO-Partner)⁹ an den Exporten verringert. Obwohl eine Mitwirkung der Regierungen der Abnehmerländer nicht ein expliziter Bestandteil der neuen Verträge mit *Petromin* zu sein scheint, ist von den neuen Direktlieferungen im Jahre 1979 ein erheblicher Anteil an Staatsgesellschaften gegangen.

Auch andere Erdölproduzenten haben in letzter Zeit ihr starkes Interesse an einer Ausweitung der Direktverkäufe auf Regierungsebene bekundet. *Venezuela* hat bei der Neuverhandlung der Verkaufsverträge für 1980 bewußt Prinzipien angewendet, die zu einer Reduzierung der Rolle der internationalen Ölgesellschaften führen (stärkere Direktkäufe und mehr Verträge auf Regierungsebene, Verringerung der Zahl der Zwischenhändler, bevorzugte Bedienung der karibischen und zentral-amerikanischen Nachbarstaaten). Dadurch fällt der Anteil der „Majors“ an den Exporten, der bei der Nationalisierung der Ölindustrie 1976 noch 75 % und 1979 noch 60 % betrug, auf ca. 50 %.

Reaktionen der Empfängerländer

Einige westliche Industrieländer (vor allem Frankreich, Italien, Spanien, Griechenland) und eine größere Anzahl von Entwicklungsländern haben schon seit längerer Zeit ihr Rohöl teilweise oder vollständig unter Mitwirkung von Regierungsstellen, staatlichen Ölgesellschaften usw. von den Förderländern bezogen. In

⁸ Das heißt nicht nur direkte Verkäufe von Regierungen oder Staatsgesellschaften der Exportländer an Regierungen oder unter Staatseinfluß stehende Gesellschaften der Verbraucherländer, sondern auch Verkäufe an private Gesellschaften, die unter dem Einfluß von Regierungsverhandlungen zustande kamen.

⁹ Die „Arabian American Oil Company“, die als Hauptkonzessionär für fast die gesamte Produktion in Saudi Arabien verantwortlich ist, befindet sich nur noch zu 40 % im Besitz der amerikanischen Anteilseigner. Die Beteiligungsverhältnisse ab dem 1. 1. 1980 sind wie folgt: *Socal*, *Texaco*, *Exxon* je 28 1/3 %, *Mobil* 15 %.

diesen Ländern haben die großen internationalen Gesellschaften einen niedrigen Anteil an den Ölimporten.

In einer weiteren Reihe von Importländern war die seit Anfang 1979 gewachsene Unsicherheit über die zukünftige Versorgung mit OPEC-Öl über die traditionellen Verteilungskanäle die Ursache für eine stärkere Einschaltung der Regierungen in die Rohölkäufe. In diesen Ländern haben die Drittkunden der großen internationalen Gesellschaften seit der Iran-Revolution einen bedeutenden Teil ihrer Rohölbezüge verloren. Soweit die Lieferungen auf einem reduzierten Niveau weitergeführt wurden, sind sie von weiteren Kürzungen seitens der „Majors“, die wahrscheinlich zu erwarten sind, bedroht.

Wenn diese Kunden der internationalen Gesellschaften nicht auf den extrem teuren Spotmarkt angewiesen sein wollen, müssen sie verstärkt Direktkäufe bei den Förderländern tätigen. In einigen Fällen ist es unabhängigen Gesellschaften auch gelungen, Verträge direkt mit den Förderländern abzuschließen. In vielen Fällen haben sich aber die Regierungen der Im-

portländer eingeschaltet und eine stärkere Verantwortung für die Rohölversorgung übernommen, sei es durch direkte Regierungsverträge oder sei es durch die Schaffung von günstigen Rahmenbedingungen. Für die Regierungen, die sich bisher nicht direkt an den Rohölimporten beteiligt hatten, war dieser Schritt eher eine Reaktion als eine gezielte politische Aktion. Durch die rapide Kürzung der Drittverkäufe an unabhängige japanische Gesellschaften, die 1978 noch etwa ein Drittel des Marktes versorgten, geriet z. B. Japan mit seinem hohen Ölimportbedarf in eine schwierige Lage, die die Regierung zu einem stärkeren Eingriff in die Ölversorgung des Landes veranlaßte.

Veränderungen der Importstrukturen

Die stark gestiegenen Preise für Produkte auf den Spotmärkten, die teilweise bis zu 100 % über den offiziellen Preisen für ein Rohöläquivalent lagen, waren ein weiterer Anstoß für neue Regierungsgeschäfte und für die Ausdehnung der bereits bestehenden. Die Länder, in denen traditionell ein großer Teil des Marktes durch den unabhängigen Importhandel versorgt wur-

VERÖFFENTLICHUNGEN DES HWWA-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG-HAMBURG

NEUERSCHEINUNG

Wolfgang Klenner

ORDNUNGSPRINZIPIEN IM INDUSTRIALISIERUNGSPROZESS DER VR CHINA

Planung - Organisation - Unternehmenskonzept

In der vorliegenden Studie werden die strukturellen Grundlagen der VR China und das aus Originalquellen interpretierte System der zentralen und betrieblichen Planung ökonomischer Prozesse dargestellt. In einem zeitbezogenen Analysenteil werden dann die Organisationsformen im mikro- und makroökonomischen Bereich erarbeitet, wobei der Wandel im ordnungspolitischen Konzept im Rahmen des aus den folgenden drei Zielsetzungen gebildeten Spannungsfeldes erklärt wird: Steigerung der Produktion, Erhöhung der Planungs- und Verwaltungseffizienz sowie Dynamisierung gesellschaftlicher Strukturen, d. h. Abbau entwicklungshemmender Hierarchien.

Großoktav, 400 Seiten, 1979, Preis brosch. DM 42,50

ISBN 3-87895-185-X

V E R L A G W E L T A R C H I V G M B H - H A M B U R G

de, hatten ein besonders großes Interesse daran, von den teuren Importen von Spotmengen weniger abhängig zu werden, wie z. B. Schweden, Irland und Belgien.

In Tabelle 4 sind die Veränderungen der Importstrukturen von Ende 1978 bis Ende 1979 zusammengefaßt. Die Zahlen sind nur Näherungswerte aufgrund von allgemein verfügbaren Informationen, und es handelt sich hierbei nur um eine Momentaufnahme eines noch keineswegs abgeschlossenen Strukturwandels. In diesem Zeitraum stiegen die Käufe „unter Regie-

Tabelle 4
Rohölkäufe unter Regierungseinfluß
(nach Importland)
(Zahlen jeweils zum Jahresende)

	mbd		Anteil am gesamten Erdölimport	
	1979	1978	1979	1978
Europa	2,50	1,65	18	12
Österreich	0,04	0,04	16	17
Frankreich	1,00	0,75	40	30
Griechenland	0,13	0,07	48	28
Italien	0,50	0,25	25	15
Portugal	0,05	0,03	40	25
Schweden	0,07	0,02	11	3
Spanien	0,50	0,35	55	35
Andere	0,21	0,14		
Japan	1,70	1,00	31	19
Entwicklungsländer	1,90	1,35	47	34
Insgesamt ¹	5,95	3,75		

¹Ohne Importe/Exporte des COMECON und Chinas.

regierungseinfluß" weltweit um rund 2,1 mbd oder 55 %. Sie erreichten mit knapp 6 mbd (ohne den Import und Export der COMECON-Länder und von China) ein Sechstel des Welthandelsvolumen. Der Anstieg für Europa um 0,85 mbd ist vor allem auf die Länder zurückzuführen, die schon seit längerer Zeit Regierungsverträge abschließen.

Steigende Bedeutung der Spotmärkte

Die hohen Spotmarktpreise für Rohöl, die seit Anfang 1979 zwischen 50 % und 100 % über den offiziellen Preisen lagen, trugen ebenfalls dazu bei, daß die Bedeutung der großen internationalen Gesellschaften als Weltrohölhändler verringert wurde. Dieser Preisabstand schuf Anreize für die Ölexportländer, sich einen höheren Anteil an den Gewinnen des freien Rohölhandels zu sichern. Die Ausschaltung von Zwischenhändlern wurde daher ein wichtiger Bestandteil ihrer Vertragspolitik.

Einige Ölexportländer reduzierten die Bezüge ihrer Vertragspartner entgegen den Abmachungen oder erneuerten die auslaufenden Verträge nur auf einem niedrigeren Niveau und verkauften die freiwerdenden Mengen zu Spotmarktpreisen (z. B. Iran, Libyen, Du-

bai, Oman, Qatar). Andere Länder griffen zu ausgefeilteren Techniken, z. B. Lieferungen von vertraglich zugesicherten Optionsmengen an Vertragspartner nur zu höheren Spotmarktpreisen (Kuwait) oder sie verlangten ein „Eintrittsgeld“ für den Abschluß neuer Verträge (Irak, Nigeria, Iran). Ein erheblicher Teil dieser Verkäufe fällt nicht unter den Begriff „Spotmarkt“ in seiner ursprünglichen Bedeutung. Das Volumen dieses von Produzentenländern selbst geschaffene Pseudo-Spotmarktes ist nur schwer zu quantifizieren. Nach den vorliegenden Informationen könnte es bei 3 mbd, also bei etwa einem Zehntel der OPEC-Produktion, oder noch wesentlich darüber liegen.

Der internationale Spotmarkt hat sich hinsichtlich seines Volumens und Charakters wesentlich geändert. Vor 1979 wurden auf ihm im wesentlichen nur Produkte und nur selten einzelne Rohölladungen gehandelt. Seine Funktion bestand bei dem leichten Angebotsüberschuß, der von kurzen Unterbrechungen bis 1973 und dann noch einmal von 1975 bis Mitte 1978 abgesehen, an den Weltölmärkten vorherrschte, darin, kurzfristige Überschüsse und Defizite von Produkten und speziellen Rohölsorten auszugleichen, und die Preise lagen, abgesehen von Krisensituationen wie in den Jahren 1967 und 1973, leicht unter den Vertragspreisen. Der Rohöl- und Produktenhandel machte damals auf dem Spotmarkt etwa 3-5 % des gesamten internationalen Ölhandels aus. Heute hat sich der Marktanteil auf mindestens 10 %, möglicherweise sogar auf bis zu 20 % ausgeweitet, und zum größten Teil wird Rohöl auf dem Spotmarkt gehandelt. Im Gegensatz zu früher ist er heute ein bedeutender Umschlagsplatz für bestimmte Ölförderländer einerseits und internationale Ölgesellschaften, unabhängige Gesellschaften, Händler und Regierungen von Importländern andererseits geworden.

Verunsicherung der Ölnachfrager

Obwohl sich die globale Angebots/Nachfrage-Situation während des Jahres 1979 kontinuierlich verbesserte und gegenwärtig ausgeglichen ist, bleiben erhebliche Unsicherheiten und Risiken für die Zukunft bestehen. Die Verbesserung im Laufe des Jahres 1979 trug weniger zur Preisberuhigung bei, als man eigentlich hätte erwarten sollen. Beunruhigende Nachrichten und Ankündigungen aus den OPEC-Ländern belasten die Zukunftsperspektiven. Wegen des Verschwindens der freien Kapazitätsreserven ist der Weltmarkt gegenüber Produktionsschwankungen oder -unterbrechungen in einzelnen Förderländern störanfälliger geworden: Die trotz ausgeglichener Versorgung anhaltend hohe Bereitschaft der Verbraucher, Öl

auch zu sehr hohen Preisen zu kaufen, spiegelt dieses labile Gleichgewicht wider.

Zusätzlich zu diesen Risiken hinsichtlich der Produktionshöhe haben auch die Veränderungen im internationalen Distributionssystem zur allgemeinen Verunsicherung beigetragen. Die multinationalen Ölgesellschaften können nicht mehr sicher sein, die bisherigen Vertragsmengen weiterhin zu erhalten, sei es weil die Förderländer neue Verträge auf Regierungsebene vorziehen oder Spotmarktgewinne realisieren wollen, oder sei es, weil rein politische Gründe zur Vertragsaufhebung führen. Die Drittkunden der internationalen Gesellschaften, deren Belieferung 1979 drastisch eingeschränkt wurde, sind noch stärker verunsichert. Ihr Vertrauen in die Sicherheit der Lieferverträge mit den „Majors“ ist erschüttert. Sie müssen mit dieser Situation zwar im Augenblick leben, sie werden jedoch versuchen, langfristige Verträge direkt mit den Ölförderländern abzuschließen. Hinsichtlich dieser Ölmengen wenden sich also zwei Nachfrager an den Produzenten: die gegenwärtigen Bezieher und ihre Drittkunden. Die Produzentenländer sehen sich daher einer aufgeblähten Nachfrage gegenüber und finden nur einen geringen Widerstand gegenüber hohen Preisforderungen und ungünstigen Vertragsbedingungen vor. Innerhalb der Ölindustrie besteht der Eindruck eines scharfen Preiswettbewerbs um das vorhandene Öl. Die Aufteilung der Rohölnachfrage in kleinere Einheiten hat die Marktmacht noch weiter zugunsten des Anbieterkartells verschoben.

Instabile Marktstrukturen

Diese Unsicherheiten werden so lange einen Preisdruck nach oben ausüben, bis sich das neue Öldistributionssystem etabliert und stabilisiert hat oder bis wieder freie Kapazitätsreserven entstehen, die die auf dem Ölmarkt herrschende Nervosität beseitigen. Es sind nicht so sehr die Umverteilungen der Kontrollen über das Öl an sich, die Friktionen erzeugen, sondern mehr die Geschwindigkeit, mit der sie sich vollziehen, und die Enge des gegenwärtigen Marktes. Die erhöhte Unsicherheit führte gleichzeitig zu einem verstärkten Aufbau von Ölvorräten und damit zu einer weiteren Aufblähung der Nachfrage auf allen Verteilungsstufen und beim Endabnehmer. Die kommerziellen Vorräte der 20 Mitgliedsländer der Internationalen Energie-Agentur¹⁰ hatten Anfang 1980 eine Rekordhöhe erreicht.

Die wenig stabilen Marktstrukturen für Rohöl bedeuten nicht notwendigerweise, daß die Marktanteile der

¹⁰ Mitgliedsländer der Internationalen Energie-Agentur sind alle OECD-Länder außer Frankreich, Island, Portugal und Finnland.

großen internationalen Ölgesellschaften in den Verbraucherländern und ihre Gewinne darunter leiden. Ihr Anteil am Weltrohölmarkt über die Mengen hinaus, die sie für ihr eigenes Filialnetz benötigen, ist kein echter Indikator für ihre wirtschaftliche Stärke. Von dem Öl, das in die Hände von neuen Marktteilnehmern (einschließlich Staatsgesellschaften) gelangt, wird ein gewisser Teil letztlich wieder den etablierten Gesellschaften zufließen, da sie über die Logistik und die umfangreichen Raffineriekapazitäten und Verkaufseinrichtungen verfügen, um das Öl zu vermarkten. Die Änderungen im Rohölhandel haben im wesentlichen nur am Bohrloch, nicht aber in den Verbraucherländern stattgefunden. Dort ist die Marktposition der großen Ölgesellschaften weiterhin stark und eine rasche Änderung kaum in Sicht.

Während die unabhängigen Gesellschaften und Händler in den Jahren vor 1973 und zwischen 1975 und 1978 ihr Rohöl und ihre Produkte meistens kostengünstiger als die großen internationalen Gesellschaften bezogen, ist die Situation heute umgekehrt. Der unabhängige Marktsektor ist heute im wesentlichen auf den teureren Spotmarkt angewiesen, wenn es ihm nicht gelingt, einen direkten Zugang zu den Ölquellen zum offiziellen Preis zu erlangen. Obwohl die normale Marktsituation 1979 allen Marktteilnehmern gute Gewinne beschert hat, dürften sich die Gewinnspannen der Unabhängigen in Zukunft erheblich reduzieren. Die Gewinne all jener, die eigene Quellen in den Industrieländern besitzen oder Lieferungen zum offiziellen Exportpreis erhalten, dürften noch für einige Zeit überdurchschnittlich sein. Erst eine Rückkehr zu stabileren Marktverhältnissen dürfte auch zu einer Normalisierung der Gewinne der Gesellschaften führen.

Reduzierte Flexibilität

Da die „Majors“ einen Teil ihrer Ausgleichsfunktion für den Weltrohölmarkt verloren haben, ist das internationale Verteilungssystem insgesamt weniger flexibel geworden. Zumindest kurzfristig ist es schwieriger geworden, das Rohölangebot auf die Produktnachfrage abzustimmen. Daraus resultiert für die Unternehmen die Notwendigkeit, den Ausgleich mehr als früher an den Spotmärkten zu suchen. Dies führt, zumindest bei angespannter Marktlage, zu einer weiteren Instabilität, die rasch zu spekulativen Überhitzungen führen kann.

Auch der verstärkte Trend zu bilateralen Verträgen auf Regierungsebene reduziert die Flexibilität des internationalen Verteilungssystems. Flexibilität aus der Sicht eines Landes beinhaltet die Fähigkeit, rasch von

einer Ölquelle auf die andere umschalten zu können. Hier liegt der Hauptvorteil einer Versorgung durch die internationalen Ölgesellschaften im Vergleich zum Bilateralismus. Die meisten Länder, die sich bisher noch nicht direkt in die Rohölversorgung eingeschaltet haben, zögern deshalb, diese Vielfalt und Diversifizierung, die ihnen die multinationalen Gesellschaften bieten, aufzugeben. Andererseits untergraben die Aktionen derjenigen Länder, die Direktverträge abschließen, bereits diese Vorteile. Diese Flexibilität kann natürlich in einem gewissen Umfang durch eine relativ große Zahl von Direktverträgen mit verschiedenen Produzenten ersetzt werden. Wenn aber rascher Ersatz notwendig sein sollte, wird es wahrscheinlich länger dauern, einen Regierungskontrakt auszuhandeln als einen rein kommerziellen Vertrag. Sollten Störungen in den Beziehungen zu den Förderländern entstehen, so würden politisch motivierte Diskrepanzen wahrscheinlich auch länger anhalten als bloße Uneinigigkeiten über kommerzielle Bedingungen.

Während die Flexibilität der Ölversorgung bei dem reichlichen Angebot in der Vergangenheit kein besonderes Problem darstellte, wird ihre Sicherstellung in Zukunft große Anstrengungen erfordern. Der teilweise Verlust der Flexibilität bei der Rohölförderung und -verteilung wird durch erhöhte Flexibilität bei der Verarbeitung und Vermarktung des Erdöls wettgemacht werden müssen.

Zunehmende Politisierung

Die Sicherheit der Versorgung spielt heute in der Energiepolitik der Verbraucherländer eine größere Rolle als je zuvor, unabhängig davon, ob ein internationaler Ansatz gewählt wird (mit den internationalen Gesellschaften als Hauptversorgern) oder ein mehr nationaler (mit direkter oder indirekter Regierungsbeihilfe). Die unterschiedlichen Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft in den Industrieländern erfordern unterschiedliche Instrumente, um „Sicherheit“ zu erreichen. Länder, die sich erst kürzlich auf Regierungsebene in der Rohölversorgung engagiert haben, dürften diese Möglichkeit eher nur als unvermeidliche Alternative einstufen. Wegen der offensichtlichen Vorteile einer Versorgung durch die etablierten internationalen Gesellschaften wollen sie die Rolle der internationalen Gesellschaften auch möglichst beibehalten. Ob eine stärkere Regierungstätigkeit jedoch möglich ist, ohne diese gewachsenen Versorgungsstrukturen zu beeinträchtigen, bleibt abzuwarten.

Je höher der Anteil der Bezüge aus einem Produktionsland wird, desto geringer ist der Grad der Diversifizierung und desto mehr steigt das Risiko unvorherge-

sehener Lieferunterbrechungen. Einige Industrieländer haben schon eine relativ hohe Abhängigkeit von einem Produzenten erreicht (z. B. Frankreich vom Irak). Manche Entwicklungsländer sind von nur ganz wenigen Lieferanten abhängig geworden. Kleinere Länder haben sicherlich größere Schwierigkeiten als große, eine ausbalancierte Versorgungsstruktur zu erreichen, weil jeder einzelne Kontrakt eine gewisse Minimalgröße haben muß, um einerseits interessant für das Lieferland zu werden und um andererseits den Aufbau der notwendigen Logistik für den Import zu rechtfertigen. Es erscheint unwahrscheinlich, daß während der kommenden längeren Periode der Umstrukturierung die Sicherheit für einzelne Verbraucherländer größer wird als früher.

Notstandssystem der IEA

Die Zunahme des Anteils von Importen auf Regierungsebene wirft auch Fragen über das Funktionieren des Notstandssystems der Internationalen Energieagentur (IEA) auf. Dieses Notstandssystem ist gemeinsam mit dem Programm zur langfristigen Zusammenarbeit der Kern der gemeinsamen Politik der in der IEA zusammengeschlossenen Länder. Es stellt sich die Frage, ob ein einzelnes Mitgliedsland leichter in einen Notstand gerät, der zur Auslösung des Systems führt (bei 7 % Unterversorgung), wenn die Regierung selbst an den Ölimporten beteiligt ist. Die Antwort hängt von der Diversifizierung der Bezüge ab. Wenn einzelne Verträge unter Regierungseinfluß nur einen relativ bescheidenen Anteil an den gesamten Bezügen ausmachen, ist das Risiko einer Unterversorgung wohl kaum höher einzuschätzen als bei einer rein wirtschaftlichen Versorgung. Die Antwort wird auch davon abhängen, ob es für das einzelne Land überhaupt eine Alternative zu Verträgen auf Regierungsebene gab.

Da das steigende Volumen von Verträgen „unter Regierungseinfluß“ jedoch die Absicht der Produzentenländer widerspiegelt, die Kontrolle über den endgültigen Verbleib des Rohöls zu erhöhen, könnte schließlich mehr und mehr Öl einbezogen werden und im Notfall für einen Austausch innerhalb des IEA-Systems nicht verfügbar sein. Strikte Verwendungsbeschränkungen sind bisher nur von Irak und Libyen bekannt, es ist aber zu befürchten, daß solche Auflagen zunehmen werden. Eine umfangreiche Festlegung des Bestimmungsortes für Rohöl im Verladehafen würde das Funktionieren des Notstandssystems der IEA beeinträchtigen. Obwohl die gegenwärtige Situation noch keinen Anlaß zur aktuellen Sorge gibt, könnte die Fortsetzung der sich abzeichnenden Tendenzen Probleme verursachen.